

Nach dem Referendum in UK – Wohin treibt die Europäische Union?



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Dr. Daniela Schwarzer,
German Marshall Fund of the US, Director Europe Program
Hintergrundgespräch Berlin 04.07.2016

Am 23. Juni 2016 stimmten knapp 52 Prozent der Bürger_innen Großbritanniens für einen Austritt aus der Europäischen Union. Dr. Daniela Schwarzer, Director Europe Programm des German Marshall Fund of the US, gab am 4. Juli im Rahmen eines Hintergrundgesprächs des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung Antworten auf die Fragen, wie es zu dieser Entscheidung kommen konnte und welche Perspektiven bzw. Probleme die Abstimmung auf nationaler wie europäischer Ebene aufwirft.



Dr. Daniela Schwarzer zu Folge waren es zwei große inhaltliche Motive, über die die Wähler_innen beim sogenannten „Brexit“-Votum abstimmten und die nur indirekt etwas mit der Europäischen Union zu tun haben: Erstens sei ein solches Votum immer eines gegenüber demjenigen, der die Frage gestellt habe. In diesem Fall ein Votum gegen die Politik des britischen Premierministers David Cameron, der nach Bekanntgabe des Ergebnisses seinen Rücktritt ankündigte. Zweitens sei es in der Abstimmung vor allem um das Thema inner- und außer-europäischer „Migration“ gegangen. Das Nein zu Europa war Schwarzer zufolge vor allem auch ein Nein zum Thema Migration. Dieser Einstellungswandel eines Landes, welches während der Osterweiterung gegenüber europäischer Binnenmigration noch äußerst liberal eingestellt war und im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativ wenig Geflüchtete aufgenommen hat, zeigt Schwarzer zu Folge, wie effektiv das Thema Migration instrumentalisiert und so die wahre Bedrohung der wachsenden sozialen Ungleichheit überdeckt werden könne.

Die direkten Folgen des „Brexit“ für Großbritannien ließen sich, so Schwarzer, als „politischer Meltdown“ bezeichnen. Dieser sei gekennzeichnet von einem Führungsverlust in allen Parteien und der Entmystifizierung der positiven Versprechungen, die zuvor für den Fall des „Brexit“ gemacht worden waren. Die direkten Reaktionen der Aktien- und Immobilienmärkte machten schnell deutlich, dass die Kosten des Votums für Großbritannien enorm sein werden. Dementsprechend schnell verschwanden auch die „Brexit“-Befürworter_innen von der öffentlichen Bühne. Vor Großbritannien liege nun, so Schwarzer, eine 4-8 monatige Phase der politischen Unsicherheit, bis der offizielle Antrag auf den Austritt aus der EU überhaupt gestellt werden könne.

Der Druck der momentan von den Institutionen der Europäischen Union ausgehe, sei deswegen illusorisch, zeige aber auch, wie groß der Druck auf die EU selbst sei. Man wolle mit allen Mitteln verhindern, dass sich andere Länder an Großbritannien ein Beispiel nehmen. Dabei sei durchaus erkennbar, dass rechtspopulistische Kräfte das „Brexit“-Votum bereits als Aufhänger für nationale Entsprechungen nutzen.

Auf europäischer Ebene brauche es deswegen, so Schwarzer, dringend eine Systemreform auf drei Ebenen: Erstens müssen bestehende Legitimationsfragen der EU ausgemacht und gelöst werden. Zweitens müsse die europäische Antwort auf die „Flüchtlingskrise“ eine Investitions- und Policy- Initiative sein, die die soziale Ungleichheit in den Mitgliedstaaten sichtbar verringert und gleichzeitig den rechtspopulistischen Kräften Europas den Nährboden für die politische Instrumentalisierung des Themas „Migration“ entzieht. Drittens müsse dies gerade jetzt von Ideen zur tieferen Europäischen Integration begleitet werden, um „ein Narrativ für Europa zu entwickeln, der kein Angstnarrativ ist“.

In der folgenden Diskussion mit Mitgliedern des Managerkreises wurden vor allem die Folgen des Europäischen Legitimitätsdefizits und die von Dr. Daniela Schwarzer geforderte tiefere Europäische Integration thematisiert. Einig wurde man sich dabei über die Notwendigkeit schneller inhaltlicher Reaktionen im policy Bereich, um nachhaltig Wachstum und vor allem Perspektiven für junge Europäer_innen zu schaffen und den Identitätsdiskursen der rechten Kräfte Europas konkrete politische Lösungen entgegenzusetzen. Die europäische Sozialdemokratie könnte sich diesem Thema auf transeuropäischer Ebene annehmen und so einen transnationalen europäischen Diskurs fördern, der zugleich auch die demokratische Legitimität Europas stützen würde. Das Fortschreiten der institutionellen Integration müsse momentan dahinter anstehen.

Konkrete Perspektiven für Großbritannien konnten dagegen noch nicht aufgezeigt werden. Zuerst ginge es jetzt darum, die unsichere politische Situation zu überwinden. Erst dann könne über legitime demokratische Verfahren und Institutionen der Willen der Bürger_innen politisch umgesetzt werden.